Offener Brief von Mitgliedern der Berliner CDU an den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner

Berlin, den xx. Juli 2026

Es geht nicht mehr um Sie, Herr Wegner. Es geht um das Amt, die Partei und diese Stadt.

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

wir schreiben Ihnen als Mitglieder der Berliner CDU — aus Kreis- und Ortsverbänden in der ganzen Stadt, viele von uns seit Jahrzehnten in dieser Partei, viele in Vorstands- und Mandatsverantwortung. Wir schreiben nicht gegen die Union. Wir schreiben, weil wir sie schützen wollen. Und wir schreiben nicht leichtfertig: Ein solcher Brief ist für jeden von uns ein schwerer Schritt. Dass wir ihn dennoch gehen, hat einen Grund — den 7. Juli 2026.

Was seit gestern feststeht

Am 3. Januar 2026 erlebte Berlin den größten Stromausfall seiner Nachkriegsgeschichte. Rund 100.000 Menschen waren tagelang ohne Strom, viele ohne Heizung — mitten im Winter. Alte Menschen, Familien, Kranke: Sie alle warteten auf ihren Regierenden Bürgermeister.

Was seither geschah, ist keine Frage der Bewertung mehr. Es ist aktenkundig — festgestellt durch behördliche Protokolle, deren Herausgabe das Verwaltungsgericht Berlin erzwingen musste:

Am Vormittag des Katastrophentages führten Sie kein einziges dienstliches Telefonat. Ihr erstes Gespräch führten Sie um 12:45 Uhr. Um 13 Uhr standen Sie auf dem Tennisplatz.

Das allein wäre ein Fehler gewesen. Fehler passieren. Fehler verzeiht man — wenn man zu ihnen steht. Doch Sie standen nicht zu ihm. Sie erklärten der Stadt, Sie hätten sich zu Hause „eingeschlossen" und koordiniert. Sie erklärten im Fernsehen, Sie hätten „um 8:08 Uhr begonnen, die Telefonate zu führen" — mit Krisenstäben, mit Stromnetz Berlin, mit dem Kanzleramt. Sie ließen die Senatskanzlei die zutreffende Darstellung Ihrer eigenen Stellvertreterin noch im März als „unzutreffend" zurückweisen. Und Sie ließen denjenigen, die der Wahrheit nachgingen, mit juristischen Schritten drohen.

Erst ein Gericht musste offenlegen, was Sie der Stadt sechs Monate lang vorenthalten haben. Das ist der Punkt, an dem aus einem Krisentag eine Vertrauenskrise wurde: Nicht das Tennisspiel ist das Problem. Das Muster ist es — Verschweigen, Umdeuten, Drohen, Dementieren. Wer danach von „kommunikativen Fehlern" spricht, hat den Ernst der Lage nicht verstanden.

Warum der 10. Juni nicht mehr trägt

Am 10. Juni hat der Landesparteitag Sie mit 92,6 Prozent zum Spitzenkandidaten gewählt. Wir respektieren diese Entscheidung — und genau deshalb benennen wir ihre Grundlage: Die Delegierten haben Ihnen geglaubt. Sie haben Ihrer Darstellung vertraut, Sie hätten die Öffentlichkeit zu keinem Zeitpunkt wissentlich getäuscht.

Diese Grundlage ist seit dem 7. Juli entfallen. Was der Parteitag nicht wusste, weiß heute die ganze Stadt. Das Votum vom Juni war kein Blankoscheck für eine Wahrheit, die erst ein Gericht ans Licht bringen musste. Ein Mandat, das auf einer unvollständigen Darstellung beruht, verpflichtet niemanden — es muss neu erteilt oder neu vergeben werden.

Was auf dem Spiel steht

Das Amt. Der Regierende Bürgermeister ist die erste Adresse dieser Stadt in der Krise. „Tennis-Bürgermeister" — das ist bereits jetzt die Überschrift über Ihrer Amtszeit. Nur ein Schritt kann verhindern, dass sie die letzte bleibt: Ihr eigener.

Die Partei. 2023 haben wir mit 28,2 Prozent die Wahl gewonnen, weil die Menschen der Union Verlässlichkeit und Ernsthaftigkeit zutrauten. Heute stehen wir in den Umfragen bei rund 18 Prozent — hinter der Linkspartei. Elf Wochen vor der Abgeordnetenhauswahl am 20. September ist das keine Momentaufnahme mehr. Das ist eine Hypothek. Und wir, die diesen Wahlkampf an den Ständen, an den Haustüren, in den Kiezen führen sollen, sagen offen: Wir können den Menschen nicht erklären, warum sie einem Amtsinhaber vertrauen sollen, dessen Angaben ein Gericht widerlegen musste. Nicht, weil wir nicht loyal wären. Sondern weil wir es sind — der Union gegenüber, nicht einer Person.

Das Vertrauen in die Demokratie. In einer Zeit, in der die Ränder stark sind und das Vertrauen in Institutionen erodiert, hätte diese Stadt einen Bürgermeister gebraucht, der in der Krise vorne steht — und der, wo er versagt, wenigstens die Wahrheit sagt. Jeder weitere Tag im Amt bestätigt all jene, die behaupten, „die da oben" sagten ohnehin nicht die Wahrheit. Das dürfen wir als Christdemokraten nicht zulassen.

Unsere Forderungen

Erstens: Wir fordern Sie auf, vom Amt des Regierenden Bürgermeisters zurückzutreten und auf die Spitzenkandidatur zur Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026 zu verzichten. Nicht als Eingeständnis der Niederlage — sondern als letzter Dienst an dem Amt, das Sie übernommen haben, und an der Partei, die Ihnen vertraut hat.

Zweitens: Wir fordern den Landesvorstand und die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, die Kandidatenfrage neu zu stellen und den Weg für einen personellen Neuanfang freizumachen — solange dafür noch Zeit ist. Elf Wochen reichen für einen glaubwürdigen Neustart. Sie reichen nicht, um verlorenes Vertrauen mit demselben Gesicht zurückzugewinnen.

Drittens: Wir sagen in aller Klarheit, was geschieht, wenn nichts geschieht: Ein Wahlkampf, den die eigene Basis nicht mit Überzeugung führen kann, ist verloren, bevor

ENTWURF

er beginnt. Wir werden unsere Partei nicht verlassen. Aber wir werden auch nicht so tun, als sei nichts gewesen. Wahrheit ist keine Stilfrage. Sie ist die Geschäftsgrundlage zwischen Regierenden und Regierten — und zwischen einer Partei und ihren Mitgliedern.

Herr Wegner, aus Ihrem Umfeld ist zu hören, Sie wollten an Ihrem Posten festhalten. Wir sagen Ihnen: Das ist keine Standhaftigkeit. Standhaft ist, wer für eine Sache einsteht — nicht, wer eine Personalie über Partei und Stadt stellt. Ersparen Sie der Berliner CDU einen Wahlkampf, in dem jede Plakatwand an den 3. Januar erinnert. Ersparen Sie dieser Stadt einen Amtsinhaber, dem sie erst vor Gericht die Wahrheit abringen musste.

Sie haben sechs Monate lang Gelegenheit gehabt, von sich aus reinen Tisch zu machen. Jetzt bleibt Ihnen eine letzte: Treten Sie zurück — bevor es die Wähler am 20. September für Sie erledigen.

Mit christdemokratischem Gruß — in Sorge um unsere Partei und in Verantwortung für unsere Stadt

Die Unterzeichner

ENTWURF
ThePioneer